







Neue Schwierigkeiten für MacDonald. Ein drohender Bergarbeiterstreik.

Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Vorschläge der Unternehmer, statt der geforderten Lohnerhöhung auf 40 Proz. über Fortschritten nur 30 Proz. über Friedenslohn zu zahlen, abgelehnt.

Die Regierung ist durch die Haltung der Bergarbeiter in erste Verlegenheit veretzt. Sie wird im Parlament beantragt, alle privaten BILLS bis April zu verschieben, und die Sitzungen ausschließlich der Budgetberatung und anderen Regierungsvorlagen zu widmen.

Das belgische Regierungsprogramm.

Der belgische Ministerpräsident hat über den Wortlaut der belgischen Regierungserklärung Bericht gegeben. In außerpolitischer Hinsicht werde das neue Kabinett die Richtlinien des alten streng innehalten.

Die französischen Wahlen. Die Aufhebung des Zündholzmonopols.

Dem „Caso de Paris“ zufolge wird angenommen, daß die französischen Wahlen am 18. Mai abgehalten werden sollen. Andere Wähler nennen nach wie vor den 11. Mai. Das Wahlrecht erinnert dann an die deutschen Wahlen, die am 4. Mai stattfanden sollen.

Vor der Ausrufung der Republik in Griechenland.

Die Zeitungen veröffentlichen eingehende Mitteilungen, nach denen entgegen den Meinungen seitens royalistischer Organisationen und Mütter die Verhandlungen mit den Führern der Royalisten zu einem Entwurf einer Verfassung geführt haben.

dem den Royalisten 2/3 der Stimm vorbehalten werden; Wahlen zum Parlament unter einer neutralen Regierung.

Den Wählern zufolge hat die Regierung, nachdem die Entsendung von Führern der Royalisten nach Bulgarien ausgefallen war, die Bedingungen der Verhandlung an den griechischen Gesandten in Bulgarien zur Mitteilung an König Georg telegraphisch übermittelt.

Ägypten bereit zu Verhandlungen mit England.

Das neue ägyptische Parlament ist vom Äthiopen feierlich eröffnet worden. In seiner Rede sagte der Äthiopen, daß Ägypten bereit sei zu Verhandlungen mit England über die Erledigung verschiedener wichtiger Fragen, z. B. die britische Besatzung in Ägypten und die Verantwortlichkeit für den Schutz der Fremden und den ausländischen Interessen in Ägypten.

Kleine Auslandsnachrichten.

General Petis, der ehemalige französische Oberkonsul in Konstantinopel, ist heute vormittag in Toulon gestorben.

Der Prozeß gegen Dr. Zeigner. Der Zeuge Weiner — Die Gnadenpraxis — Neue Zeugen.

In der Sonnabend-Sitzung des Prozesses gegen Dr. Zeigner, über deren ersten Teil wir berichteten, sah sich Dr. Zeigner ausführlich über die Gnadenpraxis im Justizministerium, die wesentlich ausgebaut wurde, um unverdiente Mägen zu mildern.

Der nächste Zeuge, Ministerialdirektor Dr. Wulffen, ebensalls in der Gnadenabteilung, äußert sich auch dahin, daß der Gang des Gnadenverfahrens bei Dr. Zeigner keine Abweichung von der Regel darstelle, auch nicht das dreifache Vorliegen der Akten.

Der Zeuge Weiner, ein ehemaliger Unteroffizier der Train-Ersatzabteilung, erklärt sich für die Gnadenpraxis. Er sagt aus, daß er eines Tages im Zimmer des Kommandeurs in dessen Abwesenheit vom Gefreiten Zeigner empfangen worden sei, der ihm mitteilte, daß eine Strafsache gegen ihn, Weiner, aus der Welt geschafft werden müsse.

Nach der Mittagspause wurden zahlreiche Aktenvermerke vorgelesen, die von der Staatsanwaltschaft, von Referenten und Delegierten des Justizministeriums und von Dr. Zeigner selbst in verschiedenen Stadien des Begnadigungsverfahrens gemacht worden sind.

Der Vorsitzende des Prozesses, General Richter, hat die Verhandlung für heute abgebrochen. Der Prozeß gegen Dr. Zeigner läuft vor Sonnabend rechnen kann.

Der Sejm hat in seiner gestrigen Sitzung den Vertrag von St. Germain ratifiziert.

Reuter meldet aus Peking: Die Bestimmungen des von Rußland der chinesischen Regierung unterbreiteten Abkommens genügen bisher der chinesischen Regierung nicht. Diese verlangt mehr über zureichende Versicherungen bezüglich der Absicht der russischen Regierung, die in dem Entwurf enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Kein Abbau der öffentlichen Fürsorge.

In dem Artikel über die staatliche Bedeutung der Wohlfahrtspflege (Nr. 51 der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 29. Februar 1924) hat Herr Ministerialrat Dr. Hans Raier die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 und die Wirkung, die sie auf die künftige Gestaltung der Wohlfahrtspflege haben wird, zu würdigen versucht.

Aus Sachsen.

Unterrichtsbefreiung am Frühjahrshaupttag.

(N.) Wie zahlreiche Anfragen an das Ministerium für Volksbildung ergeben, besteht im Lande vielfach Unsicherheit darüber, in welchem Umfange am kommenden Frühjahrshaupttag den Schülern evangelischer, lutherischer Konfession auf Antrag ihrer Erziehungsberechtigten Unterrichtsbefreiung zu gewähren ist.

Amtliche Devisenkurse.

Table with 4 columns: Devisenart, 15.3, 15.3, 17.3, 17.3. Includes entries for England, Belgien, Holland, etc.

Wettertelegramme vom 17. März 1924, 7 Uhr morgens.

Dresden: Höhe 110 m. Min.: - 1. Rag.; + 7. Niederschlag: 1,5. Temperatur: + 0. Schnee: 1 cm. Wind: NW 4. Wetter: Wolfig.

Das Bild von dem Innungsgericht dürfte so ausgelegt werden, als habe die Reichsregierung, beim Erlaß der Verordnung, mit der Möglichkeit einer Verschlechterung der öffentlichen Fürsorge gerechnet und eine solche Entwicklung durch die Gestaltung der einzelnen Vorschriften ermöglicht.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die soeben erschienene Nr. 5 des Finanzministerialblattes für den Kreis Saachsen (herausgegeben vom Finanzministerium) enthält folgende Veröffentlichungen: Besoldungsbestimmungen, Verkehr mit Rotgeld, Abführung der Umsatzsteuer im Bereiche der Straßen- und Wasserbauverwaltung.

Wettertelegramme vom 17. März 1924, 7 Uhr morgens.

Dresden: Höhe 110 m. Min.: - 1. Rag.; + 7. Niederschlag: 1,5. Temperatur: + 0. Schnee: 1 cm. Wind: NW 4. Wetter: Wolfig.







